

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Kommission für Lehre und Studium am 3.11. 2008, Top 5

Mit dem Abstimmungsergebnis 5:2:3 wird der Beschluss gefasst, die von Frau Müller vorgelegte Stellungnahme als Erklärung der LSK für die Ablehnung des Antrags auf Einrichtung des Studiengangs dem Protokoll beizufügen.

[...]

Protokollerklärung zu TOP 5

Stellungnahme zum weiterbildenden Masterstudiengang „Public Policy“

Wir lehnen die Einrichtung dieses Studienganges an der Humboldt-Universität aus folgenden Gründen ab:

1. Kostenpflichtige Studiengänge schließen grundsätzlich einen Teil von Studierwilligen vom Studium aus. Mit den Gebühren von 18 000 € werden breite Teile der Bevölkerung von diesem Studium und damit vom dort vermittelten Wissen ausgeschlossen.
2. Bei dem in diesem Studiengang vermittelten Wissen handelt es sich um die Befähigung zur Entwicklung und Durchsetzung von politischen Zielen innerhalb der Gesellschaft. Dieser Wissenserwerb wird nur einer Minderheit (die sich 18 000 € für eine zweijährige Ausbildung leisten kann) ermöglicht. Da es aber in einer demokratischen Gesellschaft jedem gleichberechtigt möglich sein sollte, politische Ziele zu entwickeln und durchzusetzen, sollte gerade dieses Wissen auch allgemein zugänglich sein. Der angemessene Ort für diese Wissensvermittlung ist also nicht ein mit vielen Exklusionsmechanismen versehener kostenpflichtiger weiterbildender Masterstudiengang, sondern ein allgemein zugänglicher Volkshochschulkurs.
3. Eine öffentliche Hochschule sollte sich ihrer Verantwortung für die demokratische Gesellschaft bewusst sein und einen solchen Studiengang nicht einmal mit ihrem Namen unterstützen. Sie sollte sich dem öffentlichen Interesse der gesamten Bevölkerung an gleichberechtigter Teilhabe an Wissen und Herrschaft eher verpflichtet fühlen, als dem Service-Wunsch von Unternehmen und Lobbygruppen.

Von diesem Studiengang würde ausschließlich eine Elite profitieren, die hier zudem mit dem Wissen ausgestattet würde, ihre eigenen Interessen besser und langfristiger zu „vertreten“. Andere bereits benachteiligte Gesellschaftsschichten werden durch die Gebühren von dem offensichtlich für demokratische Teilhabe notwendigen Wissen fern gehalten.

Wir lehnen die Einrichtung dieses Studiengangs daher ab.